

# Sozialismus.de

Heft 1-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



J. Köhlinger/M. Ebenau: Der Umgang der IGM mit der AfD  
Maren Hassan-Beik u.a.,  
Postdemokratie im Betrieb

Mit Beiträgen u.a. von  
Konstanze Kriese, Michael Brie,  
Hartmut Meine, Erhard Crome,  
Christoph Butterwegge, Klaus  
Busch, Thomas Jaitner, Marian  
Krüger/Helge Meves, Axel Troost



**Forum  
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

## Mordsgeschäfte



Die internationalen Rüstungsmärkte stehen am Beginn eines »Super-Zyklus« mit wieder steigenden Rüstungsausgaben, prognostizierte der Vorstand der Düsseldorfer Rüstungsschmiede Rheinmetall auf einer Analystenkonferenz in Berlin. ...

## »Zusammenführen und zusammen führen«



Unter diesem Motto stand der Parteitag der CDU in Hamburg, auf dem die Partei erstmals wieder Kampfkandidaturen um den Vorsitz erleben konnte. Die Delegierten wählten mit knapper Mehrheit Annegret Kamp-Karrenbauer zur neuen Vorsitzenden. ...

## Das Dollar-Regime als Waffe



US-Präsident Donald Trump setzt Wirtschaftssanktionen und Zölle ein, um US-Interessen durchzusetzen. Die weltweite Dominanz des US-Dollars verschafft den USA nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch politische Macht. Das eklatante Beispiel sind die Sanktionen gegen den Iran. ...

## Gelebter Sozialismus

Michael Brie: Rosa Luxemburg neu entdecken  
Zeige uns das Wunder! Wo ist dein Wunder? ..... 2

## Berliner Republik – neu justiert?

Hartmut Meine: »Der Friederich – ein arger Wüterich«. Friedrich Merz, die Gewerkschaften und der zukünftige Kurs der CDU ..... 7

Christoph Butterwegge: Was kommt nach Hartz IV?  
Resümee der »Reformen« – Anmerkungen zu den neuen Konzepten von SPD & Grünen – Alternativen ..... 9

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Große Sozialstaatsreform – oder »echte Existenzsicherung«. Hintergründe der Hartz-IV-Debatte ..... 14

Marian Krüger/Helge Meves: Entpolitisierungen in der Transformation des Kapitalismus – Grüne und AfD ..... 22

## Kalter Krieg reloaded?

Erhard Crome: INF-Vertrag erledigt – neues atomares Wettrüsten? ..... 24

## Europäisches Durcheinander

Bernhard Sander: Entzauberung des Jupiter-Präsidenten  
Der Protest der »Gelbwesten« in Frankreich ..... 30

Thomas Jaitner: Debakel für die Linke, Erfolg für »Vox«  
Was bedeutet der Ausgang der Regionalwahlen in Andalusien? ..... 36

Hinrich Kuhls: Vom Brexit-Votum zum Brexit-Chaos ..... 40

## Forum Gewerkschaften

Maren Hassan-Beik/Javier Pato Otero/Lukas Zappino: Politikverdrossenheit oder Repräsentationsdefizit? Zur wachsenden Bedeutung der Gewerkschaften in der Postdemokratie ..... 45

Jörg Köhlinger/Michael Ebenau: Zum Umgang der IG Metall mit der AfD  
Ein Arbeitspapier der Bezirksleitung Mitte ..... 51

## Europäische Perspektiven

Heinz Bierbaum: Die Linke vor den Europawahlen ..... 56

Klaus Busch: Die Krisen von EU und Eurozone – Re-Nationalisierung blockiert Lösungen ..... 60

Björn Radke/Axel Troost: Eine linke Zukunft für Europa? ..... 65

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 55

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Konstanze Kriese: Cold War – der Breitengrad der Liebe (Filmkritik) ..... 69

## Supplement

Leo Panitch/Sam Gindin  
»Trumping the Empire«

# »Der Friederich – ein arger Wüterich«

Friedrich Merz, die Gewerkschaften und der zukünftige Kurs der CDU

von ■ Hartmut Meine

Es fehlten 19 Stimmen; andernfalls wäre Friedrich Merz Vorsitzender der CDU geworden. Der knappe Sieg von Annegret Kramp-Karrenbauer kann für die Gewerkschaften keine Entwarnung bedeuten. Auch wenn die neu gewählte Parteivorsitzende von der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) offen unterstützt wurde, wird sie gar nicht anders können, als dem knapp unterlegenen Wirtschaftsflügel um Friedrich Merz inhaltliche Zugeständnisse zu machen. Mit der Wahl von Paul Ziemiak als Generalsekretär wird sich der Wirtschaftsflügel nicht begnügen, auch wenn dieser Friedrich Merz als »eine der wichtigsten Figuren dieser Partei« bezeichnete.

Geradezu peinlich war der flehentliche Auftritt des Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linemann, auf dem Parteitag, als er nach der Wahl ausrief: »Lieber Friederich, bleib bitte bei uns, wir brauchen dich.« Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, stellte denn auch schon mal gleich nach der Wahl von Kramp-Karrenbauer Forderungen und wünschte, »dass sie vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen Situation die Kraft findet, zugunsten der Wirtschaft und ihrer Arbeitsplätze die Fragen der Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund zu rücken« (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.12.2018).

Es ist zurzeit noch offen, ob und wie Friedrich Merz zukünftig in der CDU aktiv sein wird. Letztlich kommt es auf die Inhalte an, für die Merz steht, und die den Wirtschaftsflügel der CDU dazu bewogen haben, ausgerechnet ihn als ihren Kandidaten zu präsentieren, zumal er die letzten Jahre in der CDU nicht ak-



tiv war. Die inhaltlichen Positionen von Friedrich Merz wurden schon in der Zeit der 2000er Jahre deutlich. In der aktuellen Berichterstattung der Medien wird gerne daran erinnert, dass Merz damals den Begriff der »Deutschen Leitkultur« in die Debatte einführte und eine »Bierdeckel-Steuer« vorschlug. Mit diesem Steuerkonzept, bei dem die jährliche Steuererklärung auf einen Bierdeckel passen sollte, wären die Spitzenverdiener deutlich entlastet worden. In der Berichterstattung wird weniger daran erinnert, dass Merz damals massive Angriffe gegen die Gewerkschaften, die Flächentarifverträge, die Mitbestimmung und den Sozialstaat vorbrachte.

Schon in seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender der CDU stellte er 2002 dazu im Bundestag konkrete Forderungen: »Wir wollen den Niedriglohnsektor in Deutschland mobilisieren, wir wollen die Zeitarbeit entbürokratisieren, wir wollen befristete Arbeitsverträge ermöglichen, wir wollen im Kündigungsschutzrecht ein Optionsmodell einführen, insbesondere für ältere Arbeitslose.« (Zitiert nach Monitor vom 15.11.2018) Es war die Zeit, als die Ideologie des Neoliberalismus auf ihrem Höhepunkt war. Es war die Zeit der neoliberalen CDU-Beschlüsse auf dem Leipziger Parteitag 2003. Im gleichen Jahr verkündete die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer die »Agenda 2010«. Der damalige BDI-Präsident, Michael Rogowski, wollte das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge in einem Lagerfeuer verbrennen und der FDP-Vorsitzende, Guido Westerwelle, bezeichnete die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter als »die wahre Plage in Deutschland«.

Da durfte Friedrich Merz nicht nachstehen. In einem Spiegel-Interview in Heft 10 vom März 2003 redete er Klartext (alle folgenden Zitate stammen daraus). Man fühlte sich an die 2. Morität aus Heinrich Hoffmanns »Struwwelpeter« erinnert, in der es gleich zu Beginn heißt: »Der Friederich, der Friederich, der war ein arger Wüterich.«

Hartmut Meine war bis 2016 Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt; er lebt jetzt als Rentner und Buchautor (2018 erschien von ihm im VSA: Verlag »Gewerkschaft, ja bitte! Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive«) in Hannover.

Abbildung: aus Heinrich Hoffmann, Der Struwwelpeter (1858), wikimedia

- »Ich meine, dass wir den Zeitpunkt erreicht haben, wo eine Revision unserer gesamten Wirtschaftspolitik erforderlich ist. Wir brauchen tief greifende Reformen überall – auf dem Arbeitsmarkt, in der sozialen Sicherung, im Steuersystem.«
- Auf die Frage, was ein »Super-Minister Merz« anders machen würde: »Er würde ein Gesamtkonzept, einen Masterplan einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vorlegen.«
- »Der starre Kündigungsschutz behindert Neueinstellungen, das ist der Sachverhalt. ... Wenn in diesem Land eine Ehe leichter geschieden werden kann als ein Arbeitsverhältnis beendet, dann stimmt etwas nicht.«
- »Die Gewerkschaften müssen Macht und Einfluss abgeben, wenn die Reform des Arbeitsmarkts gelingen soll. Die Betriebe brauchen im Gegenzug ein viel höheres Maß an Flexibilität und Autonomie, als der Flächentarifvertrag es ihnen heute zubilligt. Unternehmensleitung und Betriebsrat muss es endlich erlaubt werden, maßgeschneiderte Lösungen für ihre Firma zu finden. Das ist auch psychologisch wichtig: Ein Unternehmer sollte in der Lage sein, seine Probleme mit den eigenen Leuten zu lösen. Er will nicht ständig externe Gewerkschaftsfunktionäre um Zustimmung bitten müssen.«
- »Wichtig ist mehr Spielraum innerhalb des Flächentarifvertrags. Das heißt aber, die Funktionäre der Gewerkschaften müssen sich aus den Angelegenheiten der Firmen spürbar zurückziehen.«
- »Nach fast 30 Jahren verdient auch das Mitbestimmungsgesetz von 1976 eine Überprüfung. ... Außer Luxemburg wollte kein Land der Erde unser Modell übernehmen. Das sollte nachdenklich machen.«
- »Wenn man einen Sumpf austrocknen will, darf man nicht die Frösche fragen. Die Gewerkschaften, vor allem einige Vorsitzende, nehmen für sich ein allgemein politisches Mandat in Anspruch, das man nüchtern zurückweisen muss. Die DGB-Gewerkschaften vertreten nicht einmal mehr 25 Prozent der Arbeitnehmer. Damit entfällt jede Legitimation, für alle Beschäftig-

ten in Deutschland zu sprechen, geschweige denn für den Sozialstaat.«

- »Wir sollten die Staatsausgaben und damit die Staatsaufgaben deutlich korrigieren. Dazu sollten wir uns eine Sozialversicherung nach der anderen vornehmen.«

- »Jeder Sozialdemokrat bekennt sich eher zu Fidel Castro als ein Christdemokrat zu Maggie Thatcher. Wir haben es zugelassen, dass ein Begriff wie »neoliberal« zum Schimpfwort geworden ist.«

Nachdem Merkel ihn 2002 als CDU-Fraktionsvorsitzenden verdrängt hatte und er sich später aus der CDU-Fraktion zurückzog, war er nicht nur als Wirtschaftsanwalt und Aufsichtsratsmitglied tätig, sondern publizierte auch weiterhin. Im Jahr der großen Wirtschafts- und Finanzkrise hatte er die Stirn, ein Buch mit dem Titel »Mehr Kapitalismus wagen!« zu veröffentlichen. Nun mag eingewendet werden, dass die Zitate aus einer anderen Zeit stammen – sie sind in der Tat mehr als 15 Jahre alt. Es dürfte aber höchst unwahrscheinlich sein, dass Friedrich Merz seine Grundüberzeugung über Bord geworfen hat, zumal er in den letzten Jahren überwiegend in der Finanzsparte tätig war und ist, z.B. als Aufsichtsratsvorsitzender des Deutschland-Ablegers vom weltgrößten Vermögensverwalter »Black-Rock«.

Einen ersten Hinweis, wie durch ihn die Finanzsphäre die politische Debatte beeinflussen könnte, gab Merz auf seiner ersten Pressekonferenz, als er forderte: »Deutschland braucht mehr Aktionäre!« Kurz vor dem CDU-Parteitag schlug er dann vor, die private Altersvorsorge durch Aktien staatlich zu fördern. Die erforderlichen Milliardenbeträge könnten aus dem Staatsbeitrag zur gesetzlichen Rente umgewidmet werden. Es dürfte kein Zufall sein, dass ausgerechnet das Unternehmen »Black-Rock« in Frankreich für die Regierung ein Konzept zur privaten Altersvorsorge entwickelt.

Der zukünftige kurz- und mittelfristige Kurs der CDU gegenüber den Beschäftigten und den Gewerkschaften scheint derzeit offen zu sein. Wird es in der Nach-Merkel-Ära ein »Weiter so« geben oder wird der Wirtschaftsflügel

stärker als bisher an Einfluss gewinnen? Zwei Beschlüsse auf dem CDU-Parteitag im Dezember lassen nichts Gutes erahnen. Anders als im Koalitionsvertrag vereinbart, soll der Solidaritätszuschlag nun auch für die reichsten 10% der Steuerpflichtigen bis Ende 2021 gestrichen werden. Friedrich Merz und die anderen Einkommensmillionäre der »gehobenen Mittelschicht« dürfte es freuen. Darüber hinaus bekennt sich die CDU zum Ziel der NATO, die Rüstungsausgaben auf 2% des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Bis 2024 soll eine Erhöhung auf 1,5% des BIP realisiert werden.

Man wird sehen, inwieweit Merz und der Wirtschaftsflügel den zukünftigen Kurs der Parteiführung der CDU und der Bundesregierung beeinflussen werden – jetzt oder während der nächsten Wirtschaftskrise. Die Koordinaten der gesellschaftspolitischen Debatte werden sich vermutlich zulasten der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften verschieben. Gewerkschaftliche Errungenschaften, die spätestens seit 2009 auch von allen relevanten Parteien und den Unternehmern – wenn auch teilweise zähneknirschend – akzeptiert und nicht infrage gestellt wurden, sind nicht mehr in jedem Fall sicher. Sollten sich Merz und der Wirtschaftsflügel der CDU inhaltlich durchsetzen, müssen die Gewerkschaften damit rechnen, dass erneut Angriffe auf den Sozialstaat, die Mitbestimmung oder die Flächentarifverträge gestartet werden.

Es könnte sein, dass sich mittelfristig harte, gesellschaftspolitische Konflikte abzeichnen, die möglicherweise an die betrieblichen Aktionstage und gewerkschaftlichen Großdemonstrationen in den 1990er Jahren und zu Beginn der 2000er Jahre erinnern werden. Die Gewerkschaften haben auch in ihrer jüngeren Geschichte gezeigt, dass sie sich in gesellschaftliche Konflikte einbringen und sich wehren können. Auch dazu findet sich in der Moritat vom »bösen Friederich« etwas: Der Hund, der von Friedrich ausgepeitscht wurde, wusste sich jedenfalls zu wehren: »Da biß der Hund ihn in das Bein, recht tief bis in das Blut hinein. Der bitterböse Friederich, der schrie und weinte bitterlich.«

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

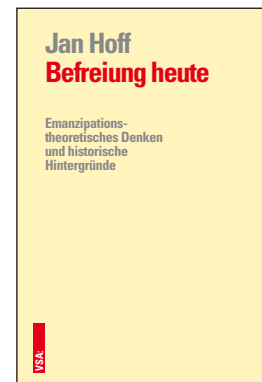
Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)